

Zur aktuellen Situation des Palästina-Konflikts.

I.

Den jüngsten Vertrag der Vereinigten arabischen Emirate (VAE) mit Jerusalem begrüßte der außenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Gregor Gysi mit einer Presseerklärung, dass dieser Vertrag „in jeder Hinsicht zu begrüßen“ sei. Er konnte sich dabei auf den Vorsitzenden der Meretz in der Knesseth, Horowitz, berufen, der dem Vertrag ebenfalls applaudierte. Alle bisherigen Initiativen hätten bisher nichts gebracht für den Friedensprozess, dieser Vertrag nun öffne ein neues Fenster.

Es sprechen m.E drei Gründe gegen diese Einschätzung:

Zunächst bedeutet dieser Vertrag, dass mit ihm die arabische Initiative von 2002 „Land für Frieden“ aufgegeben wird. In dieser Erklärung trennte sich die arabische Welt von ihren drei Neins in Khartoum von 1967: Keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen, kein Frieden. Sie bot Israel die Anerkennung und Normalisierung der politischen Beziehungen an, wenn es sich aus den besetzten Gebieten zurückziehe, den palästinensischen Staat anerkenne mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem und bereit sei, die Flüchtlingsfrage in Verhandlungen zu lösen. Dieses Angebot wurde 2013 durch eine gemeinsame Erklärung des Scheichs von Katar und US-Außenminister Kerry bestätigt, in der gleichzeitig ein geringfügiger Territoriaustausch vorgesehen war. Scharons Antwort war eindeutig: „arabisches Komplott“. Keine Regierung Israels ist danach auf diese Initiative zurückgekommen. Und Trumps „Deal des Jahrhunderts“ bildet nun die Grundlage des Vertrags mit den VAE.

Dagegen spricht auch die einhellige Ablehnung durch alle Palästinenserinnen und Palästinenser auch in der Diaspora. Sie werden in dem Vertrag nicht einmal erwähnt. Sie weisen zu Recht darauf hin, dass es der israelischen Regierung allein um die Marktöffnung in den arabischen Raum, um Erweiterung ihres Rüstungsexports und die Bildung einer gemeinsamen Front gegen Iran geht. Zudem erhofft sie sich durch diesen ersten Vertrag, dem weitere folgen sollen, die Stärkung ihrer Legitimität unter den arabischen Staaten. Diese Ablehnung wird auch nicht durch die jüngste Wende Mahmout Abbas, zu Verhandlungen mit Israel wieder bereit zu sein, relativiert.-

Schließlich spricht auch gegen die uneingeschränkte Begrüßung dieses Vertrages, dass unmittelbar nach seinem Abschluss die jüdische Siedlungstätigkeit und der mit ihr verbundene Landraub weitergehen. B'Tselem berichtete am 4. November über die Zerstörung von 70

palästinensischen Gebäuden in Khirbet Humsa und die Vertreibung von 80 Personen. Die EU hat ohne Verzögerung dieses Verbrechen verurteilt. Aus den VAE kam keine Reaktion.

Man sollte sich angesichts dieser andauernden Gewalt und des nie aufgegebenen Willens, die Bewohner von ihrem Land zu vertreiben, an einen Bericht erinnern, den Sir Hope Simson im Auftrag der britischen Regierung schon im Jahre 1930 verfasst hat. In ihm schreibt er:

„Das Resultat der Landkäufe in Palästina durch den jüdischen Nationalfonds ist, dass Land extraterritorial geworden ist. Es hat aufgehört, Land zu sein, aus dem der Araber jetzt oder in Zukunft Vorteile ziehen kann. Es ist nicht damit getan, dass er niemals mehr hoffen kann, das Land zu pachten oder zu bebauen, sondern er wird – gemäß der stringenten Vorschriften der Pachtverträge des Jüdischen Nationalfonds – für immer von jeder Beschäftigung auf diesem Land ausgeschlossen. Auch ist es unmöglich, dieses Land zurückzukaufen und der allgemeinen Benutzung wieder zur Verfügung zu stellen. Das Land ist unverkäuflich und unveräußerlich. Es ist das ein Grund, dass die Araber die zionistischen Bekundungen von Freundschaft und gutem Willen bezweifeln; denn die Politik, die die zionistische Organisation bewusst angenommen hat, widerspricht diesen Bekundungen.“¹

Ilan Pappé hat den Vertrag und die ihm zugrundeliegende „Friedensinitiative“ von Trump und Kushner als weiteren Versuch gesehen, den Palästinakonflikt zu entpolitisieren und als rein humanitäres und wirtschaftliches Problem umzudeuten, welches mit arabischer Finanzierung und amerikanischem Segen gelöst werden könne. In einem Beitrag vom September 2020 schrieb er:

„Der „Deal des Jahrhunderts“ ist eine amerikanische Bestätigung des Zionismus als einer legitimen Siedler-Kolonialbewegung, die auch im 21. Jahrhundert noch von einer Logik motiviert ist, die von Patrick Wolfe treffend als ‚die Eliminierung der Einheimischen‘ definiert wurde.“²

Die USA waren selten ein ehrlicher Makler - und der aktuelle Immobilienmakler hat diesen Anspruch nie erhoben. Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt, die Anerkennung der Annexion der Golan-Höhen

¹Vgl. Walter Hollstein, Kein Friede um Israel, Wien 1984, S. 109.

²Vgl. Ilan Pappé, Der Diebstahl des Jahrhunderts: Die Palästinenser werden ihrer Vergangenheit beraubt, in insidearabia.com, 25. 09.20.

und der Legalität der jüdischen Siedlungen, die Schließung der palästinensischen Vertretung in Washington. Das alles sind nicht nur flagrante Verletzungen des Völkerrechts, sondern zeigen die offene Verachtung für einen Frieden mit der palästinensischen Bevölkerung. Mit einer solchen Rückendeckung war auch nur das Nationalstaatsgesetz als ungeschminktes Apartheidsgesetz möglich, welches die Selbstbestimmung nur für die Juden im Staat gelten lässt und die Palästinenser als eingeborene Sprachgruppe wie die amerikanischen Ureinwohner in die Folklore abdrängt. Die Schließung der Archive mit den Dokumenten zur Naqba - da ihre „Öffnung Unruhe unter der arabischen Bevölkerung des Landes hervorrufen würde“ - ist der folgerichtige Angriff auf die palästinensische Erinnerung und historische Identität - das, was Patrick Wolfe die „Eliminierung des Einheimischen“ genannt hat. Und Haaretz sah 2019 schon die Strategie des Verteidigungsministeriums, die Erinnerung an 1948, durch ethnische Säuberung und Vertreibung mit dem Militär auszulöschen.

II.

Fragen wir uns nach einem Ausweg, wie es weitergehen kann und blicken wir noch einmal kurz in die Zeit vor 1948 zurück. Es gibt in dem nun schon über ein Jahrhundert dauernden Konflikt auch diese Konstante: das palästinensische Volk wurde nie nach seiner Meinung gefragt. Im Jahr 1919 entsandte US-Präsident Wilson eine Untersuchungskommission nach Palästina, um die Stimmung im Lande zu erkunden. Die nach ihren beiden Leitern King und Crane genannte Kommission kam mit der eindeutigen Einschätzung zurück,

„dass die nichtjüdische Bevölkerung (fast 9/10 der Gesamtbevölkerung) das gesamte zionistische Problem absolut ablehnt. Die Tatsachen beweisen, dass die Bevölkerung Palästinas in keinem Punkt eine größere Übereinstimmung zeigt. Wenn man also einer so eingestellten Bevölkerung eine unbegrenzte jüdische Einwanderung auferlegt und sie einem immer stärkeren finanziellen und sozialen Druck aussetzt, um sie dahin zu bringen, Land abzutreten, wäre das eine ernstliche Vergewaltigung des eben angeführten Prinzips (der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit aufgrund der freiwilligen Annahme des betroffenen Volkes) und auch des Völkerrechts, selbst wenn diese Vorgänge sich hinter der Fassade der Legalität abspielen.“³

³Vgl. Norman Paech, Gerhard Stuby, Kein Platz für das Palästinensische Volk? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1982, Heft 9 S. 1097 ff., S. 1103.

Alle Parteien und Kräfte der Palästinenser haben damals den Teilungsplan der UNO zurückgewiesen. Die UNO selbst hat keine Kompetenz zur Staatenbildung und überließ die Gründung der beiden von der Teilungsresolution vorgeschlagenen Staaten den Verhandlungen zwischen Juden und Palästinensern. Die einseitige Ausrufung des Staates Israel durch Ben Gurion war daher schlicht ein Akt des Landraubs. Der Staat wurde allerdings bald darauf von der Generalversammlung mit der Sowjetunion an der Spitze mit einigen Auflagen (Rückkehr der Flüchtlinge) anerkannt. Die Palästinenser selbst votierten damals für einen gemeinsamen, demokratischen, multireligiösen Staat.

Die heute so umstrittene Alternative: ein Staat oder zwei, bestand also von Anfang an. Wenn die PLO und die PA heute wie alle Staaten der UNO offiziell die Zwei-Staaten-Lösung vertreten, so folgt das den zahllosen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats. Die Ein-Staat-Lösung wird vorwiegend in der jüdischen Diaspora und der Palästinasolidarität vertreten. Jüngst hat Omri Boehm mit seinem Buch „Israel - eine Utopie“ die Debatte neu belebt und hat mit seiner interessanten Argumentation eine starke Resonanz auch in den meinungsbildenden Medien erhalten. Er erinnert an den Plan Dalet der Haganah vom März 1948, an die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch Massaker deutschen Ausmaßes, und mahnt:

„Die israelische Gesellschaft hat diese Geschichte verdrängt. Die Überreste Hunderter verlassener arabischer Dörfer wurden nach dem Krieg dem Erdboden gleichgemacht; die Dokumente sind unter Verschluss. Liberale Intellektuelle, Schriftsteller wie Amos Oz oder David Grossman haben am Vergessen sogar mitgewirkt. Sie kaprizierten sich in ihrer Kritik auf die Besatzung; ein Unfall, der repariert werden muss, um zu Ben-Gurions gerechtem Zionismus zurückzufinden. Über die Naqba, die Vertreibung zu schreiben, passte nicht in diese Geschichte. Diese Vergesslichkeit aber macht uns blind für die Strömungen, die die Einigung mit den Emiraten und Trumps Deal begleiten.“⁴

Nach dem „aus“ für die Zwei-Staaten-Lösung, so Boehm in seinem Buch, gebe es nur zwei Alternativen: 1. Ein ethnisch jüdischer Nationalismus inmitten arabischer Mehrheit, der nicht nur zu Apartheid, sondern zu Gewalt und Vertreibung führen werde, oder 2. Ein Neuentwurf des Zionismus ohne die Idee vom jüdischen Staat. Das würde ein binationaler Staat mit föderaler Struktur, evtl. ein Bundesstaat sein. Die Siedlungen

⁴Vgl. Omri Boehm, Und dann wird die Israelische Armee schon wissen, was zu tun ist, in: Süddeutsche Zeitung, v. 6. September 2020.

könnten bestehen bleiben und die Palästinenser würden gleichberechtigte Bürger im eigenen Staat. 2015 sprach sich Boehm noch für die Zwei-Staaten-Lösung aus, als er in einem Interview im Deutschlandfunk sagte:

„Ich bin für eine Zwei-Staaten-Lösung. Ich glaube, idealerweise sollte es einen demokratischen Staat für alle geben. Das ist es, was ich meine, wenn ich sage, dass ich kein Zionist bin. Dass der Staat nicht jüdisch sein sollte, sondern eine Demokratie für alle. Ich glaube nicht, dass das kurz- oder mittelfristig eine wünschenswerte Option ist. In diesem Sinn bin ich kein Revolutionär, ich glaube nicht, dass wir den jüdischen Staat sofort beenden sollten. Wir sollten eher einen palästinensischen Staat errichten, und zugleich eine ernsthafte Diskussion innerhalb Israel über den Zionismus beginnen.“⁵

Boehms provokative Forderung lautet, den Holocaust zu vergessen. Er sei der Kern des israelischen Gründungsmythos und habe sich zu einem bedenklichen Holocaust-Messianismus entwickelt. Das sei nationale Identitätspolitik, die nur für die Juden gelte und die arabische Bevölkerung ausschließe. Notwendig aber sei, diese Erinnerung universalistisch zu verändern, die Naqba in die Erinnerung einzubeziehen. Es gehe darum, die Geschichte der Juden und Araber gemeinsam zu erinnern. Boehm bezieht sich auf den Autonomieplan Beginns von 1977, der den Palästinensern weitgehende Autonomierechte einräumen wollte. Allerdings sollte die Souveränität bei Israel bleiben. Boehm will mehr. In seiner utopischen Vision „Republik Haifa“ haben Israel und Palästina als Föderation gleichberechtigter Staaten Platz mit gleichen nationalen und individuellen Rechten der jüdischen und arabischen Bevölkerung. Gleichsam eine verkappte Zwei-Staaten-Lösung als Übergang zu einem einzigen Staat mit einer Demokratie für alle.

Die Föderation ist also nur der derzeit mögliche Status bis die politische Entwicklung einen demokratischen Staat für alle ohne Diskriminierung eines der beiden Bevölkerungsteile erlaubt. Diese Position ist durchaus vereinbar mit der Einschätzung von Uri Avneri und Moshe Zuckermann, die in der Gründung von zwei Staaten die einzig realistische Lösung sehen, solange das feindliche Gegenüber der beiden Parteien nicht überwunden ist. Beide sehen in der aktuellen Situation keine tragfähige Grundlage für ein friedliches Nebeneinander in denselben Grenzen. Mit der Alternative Apartheid oder Bürgerkrieg weist Zuckermann auf die deprimierenden Perspektiven, die über 50 Jahre Besatzungspolitik der

⁵Vgl. Omri Boehm, Zionismus nicht vereinbar mit humanistischen Werten, Gespräch mit Natascha Freundel, DLF v. 8. Februar 2015.

Gründung eines gemeinsamen Staates (Apartheid) oder zweier Staaten (Bürgerkrieg) übriggelassen haben.

Wenn die PLO, die UNO und die internationale Politik immer noch an der Zwei-Staaten-Lösung festhalten, so ist das zum einen das Erbe der Jahrzehnte geübten Resolutionspraxis, zum anderen aber auch die einzige Möglichkeit, von außen in den Konflikt noch einzugreifen. Sie bedeutet auch für die PLO, Zugang zu den internationalen Institutionen der UNO, ob Menschenrechtsausschuss, IGH oder IStGH zu haben. Ein einzelner Staat, ob Diktatur oder Apartheid, könnte jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückweisen.

Von entscheidendem Einfluss auf die Zukunft des Konfliktes wird die zukünftige Politik der neuen Administration unter Jo Biden sein. Die Strategie der Unterwerfung und finanziellen Erpressung, mit der das alte Trio Trump, Kushner und Friedman die Palästinenser zur Aufgabe ihrer Rechte zwingen wollte, hat hoffentlich keine Zukunft. Der neue Präsident und seine Stellvertreterin Kamala Harris werden jedoch keine grundsätzliche Wende in der bisherigen Unterstützung Israels einleiten, da sie auch bisher immer auf der Seite Israels gestanden haben. Im Kongress sitzen jedoch neben Bernie Sanders eine Reihe profilierte Kritikerinnen der US-Militärhilfe und der Annexionspläne Israels, vor allem die sog. Squad von Alexandra Ocasio-Ortiz, Ilhan Omar, Rashida Tlaib und Ayanna Presley, die ein Gegengewicht gegen die traditionelle Einseitigkeit der US-Nahostpolitik bilden können.

Nur bei der Bundesregierung und den Parteien im Bundestag ist eine Überprüfung ihrer bisherigen Nahostpolitik nicht zu erkennen und nicht zu erwarten, es sei denn, die US-amerikanische Politik steuert einen anderen Kurs. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag folgt der Staatsräson der Kanzlerin und fühlt sich dem parlamentarischen Konsens der Fraktionen stärker verpflichtet als der Kritik, die aus der Partei und der außerparlamentarischen Bewegung kommt. Richtig ist, dass die vielzitierte Streitfrage über einen oder zwei Staaten als Zukunftsfrage kein Problem der deutschen Parteien, sondern der Juden und Palästinenser ist. Die Bundesregierung und der Bundestag haben darüber ebenso wenig zu entscheiden wie die Solidaritätsbewegung, die Entscheidung wird zwischen Jerusalem und Ramallah zu treffen sein. Wohl aber gibt es Forderungen an die deutsche Politik, wie sie jüngst die „Kooperation für den Frieden“ zusammengefasst hat: Aussetzung des EU-Israel Assoziationsabkommens solange Israel seine völkerrechtlichen Pflichten missachtet, keine Kooperation mit Unternehmen, die in den besetzten Gebieten tätig sind, Stopp des Waffenhandels und der

militärischen Kooperation mit Israel, Unterstützung der strafrechtlichen Verfolgung der Kriegsverbrechen durch den IStGH, Ende der Besatzung und Anerkennung des Staates Palästina. Diese Forderungen sollte sich auch die LINKE zur Grundlage ihrer Nahostpolitik machen, um der politischen Vernunft und des Völkerrechts im Parlament wenigstens eine Stimme zu geben.

Hamburg, d. 19. November 2020
Norman Paech